

TOP 3: Abschluss einer gemeinsamen Absichtserklärung des Bundes und der Länder zur Stärkung der Digitalen Souveränität und gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung

Beschluss:

Der Ministerrat nimmt die Ministerratsinformation des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung über den Abschluss einer gemeinsamen Absichtserklärung des Bundes und der Länder zur Stärkung der Digitalen Souveränität und gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Ein souveräner Staat ist ein starker Staat. Nur wenn der Staat selbstbestimmt über die ihm anvertrauten oder von ihm zu bearbeitenden Daten bestimmen kann, werden Bürgerinnen und Bürger den staatlichen Entscheidungen vertrauen. Dem Aspekt der Souveränität kommt dabei gerade bei der Digitalisierung eine große Bedeutung zu. Kontrolle und Verfügungsgewalt über anvertraute Daten, verknüpft mit einer sicheren Infrastruktur sind Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, denen Bund und Länder gerecht werden müssen. Bund, Länder und Kommunen haben sich daher die Wahrung und Stärkung der Digitalen Souveränität der Öffentlichen Verwaltung zum Ziel gesetzt. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden im Rahmen einer über den IT-Planungsrat eingerichteten Arbeitsgruppe drei strategische Ziele (1. Wechsellmöglichkeit, 2. Gestaltungsfähigkeit und 3. Einfluss auf Anbieter) erarbeitet, die in der „Strategie zur Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der Öffentlichen Verwaltung“ (Strategiepapier) festgehalten wurden. Mit diesen Zielen wird eine Hybridstrategie verfolgt, d. h. zum einen soll die Öffentliche Verwaltung in die Lage versetzt werden Anforderungen und Bedarfe gegenüber den IT-Anbietern durchzusetzen, um damit Schmerzpunkte gezielt zu reduzieren, zum anderen sollen alternative IT-Lösungen - insbesondere auf Open Source Lösungen basierend - beschafft oder entwickelt und

flexibel eingesetzt werden, um die Unabhängigkeit von IT-Anbieter und -Lösungen zu stärken.

Ein in diesem Zusammenhang - aktuell noch föderal - avisiertes Ziel, ist die Standardisierung der Arbeitsplatzumgebung in der Öffentlichen Verwaltung. Ziel ist es, diese Aktivitäten zu bündeln und einen leistungsfähigen, sicheren und souveränen - auf Open Source Lösungen basierenden - Arbeitsplatz für die Öffentliche Verwaltung zu konzipieren.

Um das Vorhaben gemeinsam zu verfolgen und die dafür notwendigen Schritte abzustimmen, haben die CIOs von aktuell neun Bundesländern und der CIO des Bundes eine Absichtserklärung zur „Stärkung der Digitalen Souveränität und gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes“ unterzeichnet.